[illegible] vom 1. Juli [illegible] 1919 erfolgt am [illegible] nachmittags von 3—6 Uhr in den [illegible]. [illegible] Gebühr von 10 Pfg. für [illegible] zu entrichten.

Der Rat der Stadt Riesa, am 2. Juli 1919. Sz.

Nr. 6—11 des [illegible] sowie Nr. 99—112 des [illegible] vom Jahre 1919 sind hier eingegangen und können in der [illegible] eingesehen werden.

Der Inhalt [illegible] ist aus dem Aushange im Flur des Rathauses ersichtlich.

Riesa, den 1. Juli 1919.

Der Rat der Stadt Riesa. Hsm.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 2. Juli 1919.

—* Lebensmittelverteilung. Vom 4. d. M. ab kommen lt. Bekanntmachung in vorliegender Nummer auf Abschnitt 81 der grünen und roten Nährmittelkarte 1 Weizengrieß, auf Abschnitt 81 der grauen Nährmittelkarte 1 Weizengrieß, auf Abschnitt 81 der gelben Nährmittelkarte 1 Weizengrieß, sowie Haferflocken und Heringe, ferner auf Abschnitt 75 der Warenbezugskarte III Marmelade zur Verteilung.

—* Unglücksfall. Der Arbeiter Haarig von hier geriet im Eisenwerk unter einen Eisenbahnwagen, wobei ihm ein Bein abgefahren wurde.

—* Hühnerdiebstahl. In der Nacht zum 29. Juni sind aus dem Hofraum der hiesigen Gasanstalt aus einem unverschlossen gewesenen Hühnerstall 12 Küken gestohlen worden. Weiter sind in der Nacht zum 2. Juli aus dem Hofraum des Hausgrundstücks Poppitzer Straße 32 10 Küken, 6 Wochen alt, verschiedenfarbig, im Gesamtwerte von 60 Mark gestohlen worden. In beiden Fällen hat der Täter die Gluckhenne zurückgelassen. Es wird vermutet, daß beide Diebstähle von ein und derselben Person verübt worden sind, die die gestohlenen Küken wahrscheinlich für teures Geld zu verkaufen sucht. Vor Ankauf wird hiermit nachdrücklich gewarnt. Etwaige sachdienliche Mitteilungen werden an die Polizei erbeten.

—* Von der Elbe. Die Regenfälle haben auch zu einer wesentlichen Aufbesserung des Wasserstandes der Elbe geführt. Gestaltete sich bisher infolge des niedrigen Wasserstandes die Elbeschiffahrt sehr schwierig, so kann nunmehr der Laderaum der Kähne wieder voll ausgenutzt werden.

—* Obstverwertungskurse. Der Bezirksobstbauverein Großenhain beabsichtigt, auch in diesem Jahre Obstverwertungskurse, und zwar voraussichtlich vom 10. d. M. ab, in Großenhain, Radeburg und Seußlitz abzuhalten. Nach Befinden sollen auch in der Riesaer Gegend Kurse stattfinden. (Siehe Inserat in heutiger Nr.)

—* Friedensware. Der Verein für Handel und Gewerbe im Amtsgerichtsbezirk Riesa schreibt uns: Im Publikum hat sich eine gewisse Erregung darüber verbreitet, daß in den Schaufenstern jetzt Waren verschiedenster Art ausgestellt und als Friedenswaren angesehen werden. Diese Auffassung ist völlig irrig. Es handelt sich nicht etwa um Friedenswaren, die jetzt erst zum Vorschein kommen, nachdem die Preise erheblich gestiegen sind. Es sind vielmehr Waren, die durch die vom Feinde besetzten Gebiete hereingekommen sind. Der Handel hat es für seine Pflicht gehalten, möglichst viele Waren hereinzuschaffen, damit die Bedürfnisse des Publikums befriedigt werden und andererseits auf ein Sinken der Preise durch das größere Angebot hingewirkt werden kann.

—* Berliner Operetten-Gastspiele im Hotel Höpfner. Man schreibt uns: Am Freitag, den 4. Juli, gelangt in Riesa zum ersten Male das Werk Künnekes „Das Dorf ohne Glocke" zur Aufführung. Das Stück wird zurzeit am Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater seit seiner Uraufführung am 5. April d. J. täglich mit gleich großem Erfolge aufgeführt. Die Direktion hat die erforderliche Ausstattung eigens dazu anfertigen lassen und Neuabschlüsse für die 1. Gesangspartien getroffen. Frau Dir. Grete Franz tritt in einer der Hauptpartien auf, im übrigen besagen sämtliche Kritiken nur das beste über die Uraufführung in Berlin. Ueber das Stück selbst schreibt u. a. die „Germania", Berlin, folgendes: Ein schöner, in seiner schlichten und doch so tiefinnerlichen Grundstimmung ungemein traulich wirkender Stoff, der auch so viele volkstümliche Züge aufweist, daß er ein prächtiges Buch für eine deutsche Volksoper abgegeben hätte. Es soll damit nicht gesagt sein, daß er in der gegenwärtigen Fassung unbefriedigend sei. Eduard Künneke, der Komponist, zeigt in Liedern, Ensemblestücken und Finales nur zu deutlich, wie gut er es verstanden hätte, diese Volksoper auch musikalisch zu einem Festgeschenk an die deutsche Kunst zu erheben. Ungesucht, ungekünstelt fließt der Born seiner sangbaren Melodien. Heiteres und Ernstes hält seine Partitur in harmonisch und instrumental frischen Farben bereit. Alles gibt sich herzlich, wie es das volkstümliche Empfinden verlangt. Manche Melodie mag den Weg ins Ohr und auch ins Herz der Besucher gefunden haben.

—* Ankauf des Steinkohlenwerks Burgk. Der sächsischen Volkskammer ist vom Gesamtministerium eine Denkschrift über den Ankauf des Steinkohlenwerks Burgk zugegangen, aus der folgendes hervorgehoben sei: Im Freistaate Sachsen soll aus sämtlichen Steinkohlenwerken, mithin sowohl den Werken des Zwickauer und Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers, als auch den Werken des Steinkohlenreviers im Plauenschen Grunde ein besonderes Bezirkssyndikat gebildet werden. Das prozentuale Verhältnis der staatlichen Steinkohlenwerke in der Förderung sämtlicher Steinkohlenwerke beträgt 4,9 Prozent. Der Einfluß, den hiernach der sächsische Staat als Kohlenwerksbesitzer auf die Beschlüsse des sächsischen Steinkohlenbezirkssyndikates auszuüben vermag, ist ein sehr geringer. Um ihn nach Möglichkeit zu steigern, hat sich die Regierung bemüht, einzelne private Steinkohlenwerke für den Staat zu erwerben, oder doch dem Staate eine maßgebende Beteiligung an ihnen zu sichern. Während die Verhandlungen hierüber größtenteils noch schweben, ist es gelungen, über das Steinkohlenwerk des Freiherrn v. Burgk im Revier des Plauenschen Grundes einen Kauf abzuschließen. Nach diesem Vertrage erwirbt der Staat das genannte Werk am 1. Oktober 1919 gegen einen in 15 Jahresraten von je 200 000 Mk. zahlbaren Kaufpreis von 3 000 000 Mk. und gegen Uebernahme der Verpflichtung, dem Käufer jährlich 70 Tonnen Würfelkohle unentgeltlich ab Werk zur Verfügung zu stellen. Der Kapitalwert dieser Verpflichtung ist auf höchstens 60 000 Mk. zu schätzen.

—* Zweigleisiger Ausbau der Linie Zeithain—Elsterwerda. Der Finanzausschuß B bewilligt, wie aus einem Antrag dieses Ausschusses hervorgeht, für den zweigleisigen Ausbau der Linie Zeithain—Elsterwerda die im Nachtragsetat dafür angeforderten 1 000 000 Mk. als ersten Teilbetrag.

—* Ausschüsse zur Ueberwachung der Lebensmittelablieferungen. Zur besseren Erfassung aller Lebensmittel, die der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen, und zur wirksameren Bekämpfung des Schleichhandels hat das Wirtschaftsministerium folgende Verordnung erlassen: Die Kreishauptmannschaften haben aus der Einwohnerschaft ihrer Regierungsbezirke unter besonderer Berücksichtigung der Verbraucher aus den Städten und größeren Industriebezirken Ueberwachungsausschüsse zu bilden, die bei Feststellung der Vorräte und ihrer restlosen Erfassung mitzuwirken haben. Die Prüfungen der Ueberwachungsausschüsse, bei denen unbeschadet ihrer gewissenhaften Durchführung unnötige Belästigungen und kleinliche Maßnahmen vermieden werden müssen, sind gemeinschaftlich durch mehrere, mindestens zwei, Mitglieder auszuführen. Bei den Prüfungen hat in der Regel die zuständige Ortspolizeibehörde mitzuwirken und die Ausschüsse zu unterstützen. In der erforderlichen Zahl sind Mitglieder der Ueberwachungsausschüsse als Hilfsorgane der Polizeiverwaltung zu bestellen, so daß ihnen das Recht der vorläufigen [illegible] gebührt. Alle Mitglieder sind mit Ausweisen zu versehen. Die durch die Tätigkeit der Ueberwachungsausschüsse entstehenden Kosten sind von den Kreishauptmannschaften auf die Kommunalverbände nach der Einwohnerzahl umzulegen. Die näheren Anweisungen erlassen die Kreishauptmannschaften.

—* Einstweilige Abschaffung des Religionsunterrichts. Der Gesetzgebungsausschuß der Volkskammer beschloß in seiner gestrigen Beratung über das Uebergangsschulgesetz entgegen den früheren Ausführungen des Kultusministers Buck, den Religionsunterricht in den sächsischen Volksschulen sofort abzuschaffen und nicht, wie die Regierung es wünschte, darüber erst die Entscheidung der Nationalversammlung abzuwarten.

—* Ueber die Haltung der sächsischen Eisenbahner wird den „L. N. N." gemeldet: Von Gerüchten über ein angebliches Bevorstehen eines allgemeinen Eisenbahnerausstandes in Sachsen ist an den hiesigen zuständigen Stellen nichts bekannt.

—* Armeetrauer der sächsischen Truppen. Das sächsische Militärverordnungsblatt vom 30. Juni veröffentlicht folgenden Armeebefehl des Ministers für Militärwesen: „Der Friede ist unterzeichnet. Er bringt dem deutschen Volke die ungeheuerlichste Vergewaltigung, seinem Heere, das auf unzähligen Schlachtfeldern dem überlegenen Feinde siegreich trotzte, bittere Schmach. In schweigendem Zorn und kummer Trauer senkt die sächsische Armee ihre Fahnen. Allen Offizieren, Beamten, Unteroffizieren und Mannschaften wird anheimgegeben, auf die Dauer von 14 Tagen Trauerflore um den linken Unterarm anzulegen. Bis zum 20. Juli darf außer Feuerlärm und Alarm kein Spiel gerührt werden. Alles Flaggen auf militärischen oder von Militär besetzten Gebäuden und Anlagen hat bis auf weiteres zu unterbleiben.

—* Obstwucher, Handel und Behörden. Die Nachrichtenstelle der Reichsstelle für Gemüse und Obst schreibt: Die Bekämpfung des Obstwuchers auf den großstädtischen Märkten hat bekanntlich seit einigen Tagen mit gutem Erfolg der organisierte Handel in die Hand genommen. Die Preise für Kirschen und Erdbeeren sind in Berlin auf durchschnittlich etwa 1,70 Mark und 2,50 Mark je Pfund zurückgegangen, was einer Senkung von über 100 Prozent im Verlauf von vier Tagen entspricht. Reichlichere Zufuhren und Selbstzucht des Handels werden für fernere Preisermäßigung sorgen. Die Selbsthilfe des Handels, die in den Preisfestsetzungen in Berlin und Hamburg zum Ausdruck kam, verspricht die Preisentwickelung schnellstens in gesunde Bahnen zu lenken. Voraussetzung ist allerdings, daß die in den letzten Tagen auf den Obstmärkten vorgekommenen Ausschreitungen sich nicht wiederholen. Der Gesundungsprozeß darf nicht gestört werden. Wird diese, wie wir zuverlässig erfahren, auch vom Reichsernährungsministerium und der Reichsstelle für Gemüse und Obst geteilte Erwartung nicht getäuscht, so verliert auch der jetzt oft genug vernommene Ruf nach amtlichen Preisfestsetzungen seine Berechtigung. Behördliche Einschränkung der erst in diesem Frühjahr dem Obsthandel auf allgemeines Drängen zurückgegebenen Bewegungsfreiheit durch Höchstpreisfestsetzung käme nur als Notbehelf und nur dann in Frage, wenn wider Erwarten die Selbstzucht des Handels nicht zur Herbeiführung geordneter Zustände ausreichte. Keiner besonderen Erwähnung bedarf es aber, daß Ministerium und Reichsstelle die Preisentwicklung auf den großstädtischen Obstmärkten fortgesetzt mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgen.

Strehla. Ueber einen Unfall auf der Kleinbahn wird dem „Strehl. Bl." folgendes mitgeteilt: Als der Freitag abend nach Oschatz verkehrende Zug in Zaußwitz ankam, wurde dem Zugführer bekannt gegeben, daß kurz vor Zaußwitz ein Mädchen vom Wagen gefallen sei. Die Angaben bewahrheiteten sich, sie ergaben folgenden Tatbestand: Auf der Plattform des Wagens 4. Klasse hatten zwei Mädchen Platz genommen, die ihrem Uebermute die Zügel schießen ließen. Dabei fiel einem Mädchen der Hut vom Kopfe, das Mädchen sprang nach und blieb einige Zeit, ohne verletzt worden zu sein und jedenfalls auch ohne spätere nachteilige Folgen an der Gesundheit, einige Zeit liegen, konnte dann aber wieder aufstehen. Der Zug erlitt deshalb keinen Aufenthalt.

* Gröditz. Als im hiesigen Eisenwerk der Hilfsmonteur Bönisch aus Pröfen den elektrischen Strom einschalten wollte, erhielt er, wahrscheinlich infolge Kurzschlusses, einen elektrischen Schlag. Er war sofort tot.

* Meißen. Die Firma Otto & Schlosser, hier, die Inhaberin des kürzlich abgebrannten Sägewerks, hat 1000 Mark Belohnung ausgesetzt für die Person oder Personen, welche zuverlässige Angaben machen können, die zur Ermittelung und Bestrafung des oder der Brandstifter führen. Die Firma sieht sich infolge der sich mehrenden Verdachtsgründe, daß das Brandunglück auf einen verbrecherischen Anschlag zurückzuführen ist, zu dieser Maßnahme veranlaßt.

* Nossen. Der Kommunalverband Meißen-Land hat die Fleischereibetriebe der Fleischermeister Schumann und Mietschel hier wegen dargetaner Unzuverlässigkeit bis auf weiteres geschlossen. Von beiden Fleischern war seit mehreren Monaten zum Zwecke größerer Fleischzuteilung eine weit größere Zahl Kunden bei der Schlachtstätte angemeldet worden, als sich bei ihnen in die Kundenliste hatten eintragen lassen. Die Fleischmengen, die sich die beiden Fleischer auf diese unrechtmäßige Weise verschafft hatten, haben sie entgegen den gesetzlichen Bestimmungen markenfrei abgegeben.

)(Dresden. Die „Sächsische Staatszeitung" veröffentlichte in ihrer gestrigen Nummer einen Artikel des Justizministers Dr. Harnisch über „Eine neue Reichsflagge als Symbol deutscher Einheit und deutschen Aufstieges nach tiefstem Fall".

)(Pirna. Auf der Dresdner Straße explodierte in der Nähe der Cellulosefabrik von Hoesch ein von Dresden gekommener mit Handgranaten beladener Wagen. Die beiden Begleitmannschaften wurden buchstäblich in Stücke gerissen und zwei andere Soldaten verwundet. Die Pferde eines zweiten nachfolgenden Wagens wurden getötet. In der Fabrik von Hoesch sind sämtliche Fensterscheiben zerplatzt. Telephon- und Telegraphenleitungen sind zum größten Teil zerstört.

* Glauchau. Beim diesmaligen Verkauf der ausländischen Kartoffeln tritt zum ersten Male eine Verbilligung ein, zu der durch den Beschluß der städtischen Kollegien die Mittel kürzlich bewilligt wurden. Die Senkung des Preises beträgt 25 Prozent. Die Verbilligung weiterer ausländischer Lebensmittel, zunächst des Schweineschmalzes ist in Aussicht genommen. — Der Landesverband der sächsischen Trichinen- und Fleischbeschauer wird am 5. und 6. Juli in Glauchau seine diesjährige Tagung abhalten.

Zwickau. Zwei gute Erfolge hatte der Wünschelrutengänger Edler von Graeve bei der Suche nach Wasser für das städtische Wasserwerk im Stadtteil Marienthal zu verzeichnen. An der ersten Bohrstelle ergaben Pumpversuche etwa 800—900 cbm täglich, an der zweiten 675—700 cbm. Die Wassermenge reicht für etwa 20 000 Personen aus. Der Rat läßt jetzt einen dritten Brunnen an einer ebenfalls durch Edler von Graeve bezeichneten Stelle bei Marienthal erbohren.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Das Arbeitsprogramm der Nationalversammlung. Der Aeltestenrat der Nationalversammlung einigte sich in seiner gestrigen Sitzung dahin, das Siedelungsgesetz noch gestern in allen drei Lesungen zu beraten und heute Mittwoch 2 Uhr mit der 2. Lesung der Verfassungsvorlage zu beginnen. Man hofft in dieser Woche mit der 2. Lesung der Verfassungsvorlage fertig zu werden. In der nächsten Sitzung sollen dann die 10 Steuervorlagen in Angriff genommen werden. Man hofft, die 1. Lesung dieser Steuervorlagen in drei Tagen erledigen zu können. Hierauf (11. und 12. Juli) soll die Verfassungsvorlage in 3. Lesung ihre Verabschiedung finden. Dabei wird eine ausgiebige Generaldiskussion zugelassen werden. Von den Steuervorlagen sollen die Kriegsgewinnsteuer und die große Vermögensabgabe noch im Juli in allen drei Lesungen verabschiedet werden, um sofort in Wirksamkeit treten zu können. Man hofft bis Ende Juli den vorliegenden Arbeitsstoff bewältigt zu haben. Ende August werden die Steuerausschüsse in Berlin zusammentreten. Das Plenum wird vom Oktober bis Dezember in Berlin tagen. Neuwahlen werden voraussichtlich im Januar stattfinden.

Die Ausgabe der verbilligten Lebensmittel. Der „Voss. Zeitung" wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß mit der Ausgabe der verbilligten Lebensmittel bereits am nächsten Montag, den 7. Juli begonnen werde.

Zur Blockadefrage. Von zuständiger Stelle wird der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" geschrieben: In Nummer 31 der Hardenschen Zukunft ist die Behauptung aufgestellt, der ehemalige Direktor im Auswärtigen Amt Dr. Kriege habe stets zugegeben, daß die von England gegen uns verhängte sogenannte Hungerblockade ein völkerrechtliches Kriegsmittel sei. Diese Behauptung ist völlig aus der Luft gegriffen. Umgekehrt hat Dr. Kriege stets mit allem Nachdruck den Standpunkt vertreten, daß die englische Blockade in schärfstem Widerspruch zu den Bestimmungen der Pariser Seerechtsdeklaration und der Londoner Kriegsrechtserklärung stehe, dennoch allem Völkerrecht wie aller Menschlichkeit ins Gesicht schlage. In diesem Sinne sind auch die von ihm an die Feinde und an die Neutralen gerichteten Noten abgefaßt worden. Ebenso wurde unsere Presse von ihm wiederholt entsprechend informiert. Unrichtig ist auch die im Zusammenhang mit jener Stelle gebrachte Angabe, daß England auf der zweiten Haager Friedenskonferenz auf das Kriegsmittel der Blockade habe verzichten wollen. England hat vielmehr an diesem Kriegsmittel stets mit aller Energie festgehalten, während Deutschland auf jener Konferenz bekanntlich Seebeuterecht und Blockaderecht aufgeben wollte.

Der Reichsminister a. D., Abgeordneter Prof. Dr. Preuß, ist zu den weiteren Arbeiten am Verfassungswerke mit der Vertretung des Reichsministeriums betraut worden.

Das Ergebnis der Ludendorff-Spende. Nach den Abendblättern hat die Ludendorff-Spende bis Mai ds. Js. rund 155 Millionen Mark eingebracht. Die Beträge werden von der Kriegsbeschädigtenfürsorge zur ergänzenden Fürsorge für die Kriegsbeschädigten verwandt werden.

Dankeskundgebung Hindenburgs. Generalfeldmarschall v. Hindenburg erläßt folgende Dankeskundgebung: Anläßlich meines Rücktrittes vom Kommando sind mir von allen Teilen Deutschlands Abschiedsgrüße und Wünsche in überreicher Zahl zugegangen. Die freundliche Gesinnung, die darin zum Ausdruck gebracht ist, hat mich tief bewegt und wird mich als ein Lichtblick in die Zukunft geleiten. Ich kann leider nicht jedem einzelnen persönlich antworten, danke aber hiermit allen von ganzem Herzen. gez. v. Hindenburg.

Verständigung über die Schulfrage in Weimar. In Weimar ist zwischen Zentrum und Sozialdemokratie eine Verständigung über die Schulfrage getroffen worden. Bis zur reichsgesetzlichen Regelung bleiben die bisherigen Gesetze in Kraft.

Nahrungsmittelaustausch zwischen Deutschland und der Schweiz. Zwischen Deutschland und der Schweiz wurde ein Abkommen getroffen, das die deutsche Ausfuhrbewilligung von monatlich 500 Zentnern Rohzucker nach der Schweiz vorsieht gegen entsprechende schweizerische Ausfuhrbewilligung von kondensierter Milch und Schokolade. Das Abkommen läuft vorläufig vom 1. Juli bis 30. September mit einmonatiger Kündigungsfrist.

Deutsch-Oesterreich.

* Die Reichskonferenz der Arbeiterräte. Aus Anlaß der Reichskonferenz der Arbeiterräte hatte die kommunistische Partei für den Abend eine Versammlung vor dem Rathause einberufen, welche vollkommen ruhig verlief. Nachdem mehrere Redner gesprochen hatten, wurde eine Entschließung beantragt, welche verlangt, daß unbekümmert um die Regierung die Reichskonferenz der Arbeiterräte die Räterepublik proklamieren sollten. Die Entschließung wurde angenommen. Ein großer Teil der Versammelten enthielt sich der Abstimmung. Ein Teil der Versammlungsbesucher begab sich zur Hinterseite des Parlaments, wurde jedoch von Ordnern und Volkswehr abgedrängt. Die Kärntner und Vorarlberger Delegierten wiesen in ihren Berichten auf das Auftreten ihrer Arbeiterräte gegen die partikularistischen Bestrebungen in ihren Ländern hin. Die Delegierten betonten die Notwendigkeit einer Einigung des Proletariats, um zum Kampf gegen die Reaktion gerüstet zu sein. Friedrich Adler erklärte, nach dem vorgelegten Organisationsstatut sollten die Arbeiterräte eine Klassenorganisation des Proletariats sein. Dadurch sei es unmöglich geworden, daß ähnlich wie in Deutschland Vertreter der bürgerlichen Schichten in den Arbeiterrat hineinkommen. Friedländer vertrat die kommunistischen Anträge. Die meisten traten gegen diese Anträge ein.

England.

Eine Anfrage über Schiffsbau in Holland. Croft fragte im Unterhause an, ob vor dem Kriege von Holland der deutschen Regierungsgesellschaft Auftrag zum Bau von Dreadnoughts und U-Booten im Hafen von Rotterdam gegeben wurde und ob Schritte unternommen seien, um den Weiterbau von Kriegsschiffen in diesen Werften zu verhindern. Bonar Law antwortete, es sei nichts darüber bekannt, daß vor dem Kriege derartige Konzessionen gewährt wurden. Man glaube aber, daß Deutschland sich während des Krieges erbot, Zeichnungen von leichten Kreuzern zu liefern. Was den zweiten Teil der Frage betreffe, so sei das weitere Bauen von Kriegsschiffen durch den Artikel 190 des Friedensvertrages begrenzt.

Die Verstaatlichung der Kohlenindustrie. Laut „Allgem. Handelsbl." meldet der parlamentarische Mitarbeiter des „Daily Telegraph", daß Bonar Law erklärt habe, daß weder der erste Minister noch er selbst noch irgend ein anderer Minister im Einverständnis mit der Politik der Verstaatlichung der Kohlenindustrie ausgesprochen hätten.